Gesellschaftsvertrag

CORRECTIV — Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige GmbH

Präambel

Die Gesellschafter beabsichtigen, einen informierten öffentlichen Diskurs mit dem Ziel einer sachlich aufgeklärten Gesellschaft zu fördern und zu unterstützen. Dieses Leitbild soll dadurch verwirklicht werden, dass die vorliegende GmbH die in dieser Satzung genannten Zwecke erfüllt.

§ 1

Firma, Sitz

(1) Die Firma der Gesellschaft lautet:

„CORRECTIV — Recherchen für die Gesellschaft gemeinnützige GmbH“

(2) Sitz der Gesellschaft ist Essen.

§ 2

Zweck und Gegenstand der Gesellschaft

(1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(2) Zweck der Gesellschaft ist

- die Förderung der Volks- und Berufsbildung,
- die Förderung der Jugendhilfe und von Kunst und Kultur,
- die Förderung internationaler Gesinnung,
- die Förderung der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens,
- die Förderung der Verbraucherberatung und des Verbraucherschutzes,
- die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens im Geltungsbereich der Abgabenordnung.

(3) Die Gesellschaft verwirklicht ihre Satzungszwecke insbesondere durch folgende Maßnahmen:

- durch objektive und neutrale Wissensvermittlung und Aufklärung über Hintergründe und Zusammenhänge zu wichtigen Gegenwarts- und Zukunftsthemen wie insbesondere Klimawandel, Globalisierung, Armut, Wirtschaftskrisen, Krieg und Frieden, soziale Gerechtigkeit, Migration und politisches Engagement von Bürgern;
- durch objektive und neutrale Nachrichtenaufbereitung und -beschaffung über vielfältige allgemeinpolitische, gesellschaftliche, kulturelle und historische Zusammenhänge;
- durch eine kritische Funktion in Hinsicht auf Fehlentwicklungen und Missstände;
- Im Sinne eines innovativen publizistischen Angebots zur Förderung einer lebendigen und vielfältigen Medienkultur in Deutschland durch eine Stärkung der überparteilichen, grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Diskussion und Meinungsbildung in Deutschland, indem sie das Meinungsspektrum verbreitert und die Qualität der Meinungsbildung verbessert, mit dem Ziel, einen informierten öffentlichen Diskurs nachhaltig im Sinne einer aufgeklärten und verantwortungsbewussten Gesellschaft als zu wahrendes Kulturgut zu fördern;
- durch einen internationalen Wissenstransfer aus dem europäischen Ausland und

anderen Teilen der Welt, der die Debatten in Deutschland erweitert und damit auch zur Völkerverständigung und europäischen Integration beiträgt.

- (4) Mögliche Einnahmen der Gesellschaft dienen ausschließlich dem satzungsgemäßen Zweck der Gesellschaft.
- (5) Die Gesellschaft kann sich an anderen Unternehmen beteiligen, sofern dadurch der vorgenannte Zweck und Gegenstand nicht gefährdet wird.

§ 3

Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (3) Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus den Mitteln der Gesellschaft erhalten. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden, bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.
- (4) Die Gesellschaft darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigen.
- (5) Die Gesellschaft kann ihre Zwecke selbst, durch Hilfspersonen im Sinne des § 57 Abs. 1 S. 2 AO oder dadurch verwirklichen, dass sie ihre Mittel teilweise einer anderen, ebenfalls steuerbegünstigten Körperschaft oder einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zur Verwendung zu steuerbegünstigten Zwecken zuwendet (§ 58 Nr. 2 AO) oder dass sie die Mittel für die Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke einer anderen Körperschaft oder für die Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke durch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts beschafft (§ 58 Nr. 1 AO). Die Beschaffung von Mitteln für eine unbeschränkt steuerpflichtige Körperschaft des privaten Rechts setzt voraus, dass diese selbst steuerbegünstigt ist.

§ 4

Stammkapital, Einlagen und Gesellschaftsvermögen

Das voll eingezahlte Stammkapital der Gesellschaft beträgt 25.000 Euro (fünfundzwanzigtausend Euro).

§ 5

Organe

Die Gesellschaft hat vier Organe:

- die Geschäftsführung;
- die Gesellschafterversammlung (Board of Trustees);
- den Aufsichtsrat;
- den Ethikrat (Ethics Board).

§ 6

Geschäftsführung, Vertretung

- (1) Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
- (2) Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.
- (3) Die Gesellschafterversammlung kann einem, mehreren oder allen Geschäftsführern Einzelvertretungsbefugnis und Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB erteilen.
- (4) Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, führen sie die Geschäfte gemeinschaftlich. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit aller Stimmen gefasst. Jeder Geschäftsführer hat eine Stimme. Die Gesellschafterversammlung kann für die Geschäftsführung eine Geschäftsordnung erlassen, in der auch abweichende Regelungen vorgesehen werden können; in der Geschäftsordnung kann sie über die Regelungen in Abs. (7) hinaus weitere Geschäfte von der Zustimmung des Aufsichtsrats abhängig machen kann.
- (5) Bei der Führung der Geschäfte haben die Geschäftsführer insbesondere die gesetzlichen Bestimmungen, die Satzung der Gesellschaft und die Beschlüsse der Gesellschafter zu beachten. Die Geschäftsführer sind an die Weisungen der Gesellschafter gebunden.
- (6) Die Geschäftsführer haben die Gesellschaft mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns zu führen.
- (7) Für alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Betrieb der Gesellschaft hinausgehen, bedürfen die Geschäftsführer der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Folgende Geschäfte bedürfen der vorherigen Zustimmung des Aufsichtsrats:
 - die Budgetplanung, bestehend aus einer Einnahmen- und Ausgabenplanung (Personal-, Sach- und sonstiger betrieblicher Aufwand);
 - der Erwerb, die Veräußerung oder Belastung von Grundstücken;
 - die Gründung von oder Beteiligung an Gesellschaften;
 - die Übernahme von Bürgschaften und Garantien, wenn dies die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung vorsieht und in diesem Fall ab der in der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung festgesetzten Höhe.
- (8) Die Geschäftsführer haben unverzüglich nach Wirksamwerden jeder Veränderung in den Personen der Gesellschafter oder des Umfangs ihrer Beteiligung eine von ihnen unterschriebene Gesellschafterliste zum Handelsregister einzureichen. Die Veränderungen sind den Geschäftsführern schriftlich mitzuteilen und nachzuweisen. Als Nachweis sind im Allgemeinen entsprechende Urkunden in Urschrift oder beglaubigter Abschrift vorzulegen. Für den Nachweis der Erbfolge gilt § 35 Grundbuchordnung entsprechend. Nach Aufnahme der geänderten Gesellschafterliste im Handelsregister haben die Geschäftsführer allen Gesellschaftern unverzüglich eine Abschrift der aktuellen Gesellschafterliste zu übersenden.

§ 7

Gesellschafterversammlung (Board of Trustees)

- (1) Die Gesellschafterversammlung zur Feststellung des Jahresabschlusses findet entsprechend den gesetzlichen Regelungen statt. Darüber hinaus finden Gesellschafterversammlungen statt, wenn die Geschäftsführung oder die Gesellschafter oder der Aufsichtsrat dies verlangen.
- (2) Die Gesellschafterversammlung ist schriftlich unter gleichzeitiger Information des Aufsichtsrates durch Einwurf-Einschreiben einzuberufen. Die Einberufung muss insbesondere den Zeitpunkt, den Ort und die Tagesordnung enthalten. Der Tagesordnung ist auch die zuletzt beim Handelsregister aufgenommene Gesellschafterliste beizufügen. Zwischen der Absendung der Einberufung und dem Tag der Gesellschafterversammlung muss eine Frist von mindestens 14 Tagen liegen. Der Tag, an dem die Einberufung abgesendet worden ist und an dem die Gesellschafterversammlung stattfindet, wird dabei nicht mitgerechnet.
- (3) Alle Gesellschafter sind verpflichtet, der Gesellschaft eine ladungsfähige Anschrift im Inland und etwaige Änderungen stets unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Ladung eines Gesellschafters ist ordnungsgemäß, wenn sie an die der Gesellschaft zuletzt mitgeteilte Anschrift gerichtet worden ist.
- (4) Die Gesellschafterversammlungen finden am Sitz der Gesellschaft statt.
- (5) Den Vorsitz in der Gesellschafterversammlung führt ein aus deren Mitte gewählter Vorsitzender.
- (6) Die Gesellschafterversammlung ist insbesondere zur Entscheidung folgender Angelegenheiten zuständig:
 - Feststellung des Jahresabschlusses;
 - Beschlussfassung über die Gewinnverwendung;
 - Bestellung und Abberufung der Geschäftsführer;
 - Bestellung und Auswahl eines Abschlussprüfers.
 - Entlastung der Geschäftsführer
- (7) Jeder Gesellschafter kann sich in der Gesellschafterversammlung durch einen anderen Gesellschafter, seinen Ehegatten oder Lebenspartner, eine zur Berufsverschwiegenheit verpflichtete Person oder einen Testamentsvollstrecker vertreten lassen. Die Vertretungsbefugnis ist durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht oder der Ausfertigung eines Testamentsvollstreckerzeugnisses nachzuweisen. Dem Vorsitzenden der Gesellschafterversammlung ist eine Abschrift zur Beifügung zur Niederschrift zu übergeben.
- (8) Die Gesellschafterversammlung ist beschlussfähig, wenn die anwesenden und vertretenen Gesellschafter mindestens 75% der nach dem Gesellschaftsvertrag vorhandenen Stimmen repräsentieren. Ist die Gesellschafterversammlung beschlussunfähig, kann frühestens innerhalb von zwei Wochen erneut eine Gesellschafterversammlung einberufen werden. Diese Gesellschafterversammlung ist dann unabhängig von der Zahl der anwesenden und vertretenen Stimmen beschlussfähig. Darauf muss in der Einberufung allerdings ausdrücklich hingewiesen werden.
- (9) Über jede Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, ebenfalls über Gesellschafterbeschlüsse, die ganz oder teilweise außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefasst worden sind. Die Niederschrift muss mindestens Angaben zum Zeitpunkt und Ort der Versammlung bzw. Beschlussfassung, den anwesenden und vertretenen Teilnehmern sowie alle Anträge und Beschlüsse einschließlich der jeweiligen Abstimmungsergebnisse enthalten. Eine vollständige Abschrift der Einladung ist der Niederschrift beizufügen, sofern nicht alle Gesellschafter auf die Einhaltung von Form- und

Fristvorschriften verzichtet haben. Die Niederschrift ist vom Vorsitzenden und einem weiteren Teilnehmer der Gesellschafterversammlung zu unterzeichnen. Die Gesellschaft übersendet jedem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat unverzüglich eine vollständige Abschrift der Niederschrift. § 8 Abs. 6 dieser Satzung gilt entsprechend.

§ 8

Beschlüsse der Gesellschafter

- (1) Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst, soweit das Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmen. Eine Gesellschafterversammlung ist nur dann nicht erforderlich, wenn sich alle Gesellschafter mit einer anderen Form der Beschlussfassung einverstanden erklären und diese Form gesetzlich zulässig ist. Jeder Gesellschafter kann sich in der Versammlung und bei der Stimmabgabe durch einen anderen Gesellschafter vertreten lassen.
- (2) Gesellschafterbeschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit dieser Gesellschaftsvertrag oder das Gesetz nicht zwingend eine andere Mehrheit vorsehen. Stimmenthaltungen werden dabei nicht mitgezählt.
- (3) Jeder Euro eines Geschäftsanteils gewährt eine Stimme. Das Stimmrecht aus einem Geschäftsanteil kann nur einheitlich ausgeübt werden.
- (4) Ein Gesellschafter hat kein Stimmrecht, wenn er durch eine Beschlussfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll. Gleiches gilt, wenn der Beschluss die Einleitung oder Erledigung eines Rechtsstreits der Gesellschaft mit ihm zum Gegenstand hat. In diesen Fällen darf der Gesellschafter sein Stimmrecht auch nicht durch andere oder für andere ausüben.
- (5) Werden Beschlüsse außerhalb von Gesellschafterversammlungen gefasst, haben die Geschäftsführer der Gesellschaft darüber eine gesonderte Niederschrift zu erstellen. Die Niederschrift muss mindestens Angaben zur Art und Weise der Beschlussfassung, den Anträgen, der Stimmabgabe der Gesellschafter und das jeweilige Abstimmungsergebnis enthalten. Der Niederschrift ist die zuletzt beim Handelsregister aufgenommene Gesellschafterliste beizufügen. Die Gesellschaft übersendet jedem Gesellschafter und dem Aufsichtsrat unverzüglich eine vollständige Abschrift der Niederschrift.
- (6) Einwendungen gegen die Wirksamkeit eines Gesellschafterbeschlusses können innerhalb einer Frist von zwei Monaten nach Erhalt der Niederschrift über die Gesellschafterversammlung geltend gemacht werden. Nach Ablauf der Frist gelten etwaige Beschlussmängel als geheilt.

§ 9

Aufsichtsrat

- (1) Der Aufsichtsrat berät und überwacht die Geschäftsführung der Gesellschaft, soweit die Beratung nicht dem Ethikrat obliegt.
- (2) Der Aufsichtsrat ist von der Geschäftsführung über die wirtschaftliche Entwicklung und wesentliche Vorkommnisse quartalsweise zu unterrichten. Er tagt mindestens einmal im Kalenderhalbjahr. Er kann durch Beschluss jederzeit von der Geschäftsführung Auskünfte und Berichte in allen Angelegenheiten verlangen, Einsicht in die Bücher und Schriften der Gesellschaft nehmen und alle sonst erforderlichen Maßnahmen durchführen. Mit diesen Aufgaben der Überwachung und Prüfung kann der Aufsichtsrat auch sachverständige Dritte beauftragen.
- (3) Der Aufsichtsrat besteht aus einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern. Alle Erklärungen des Aufsichtsrats werden namens des Aufsichtsrats von seinem Vorsitzenden oder von einem seiner Stellvertreter abgegeben.

- (4) Der Aufsichtsrat wird erstmalig von den Gesellschaftern berufen. Beim Ausscheiden eines Aufsichtsratsmitgliedes berufen die Gesellschafter ein neues Aufsichtsratsmitglied in Abstimmung mit den verbliebenen Aufsichtsratsmitgliedern.
- (5) Mitglieder des Aufsichtsrates werden für drei Jahre berufen.
- (6) Auf den Aufsichtsrat findet § 52 Abs. 1 GmbHG nur Anwendung, solange und soweit die Gesellschafterversammlung dies mit satzungsändernder Mehrheit beschließt.
- (7) Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in Versammlungen gefasst, soweit das Gesetz oder diese Satzung nichts anderes bestimmen. Außerhalb von Versammlungen können Beschlüsse auch in Textform gefasst werden. Die Einberufung und Leitung von Aufsichtsratssitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall durch einen seiner Stellvertreter schriftlich oder in Textform mit einer Ladungsfrist von 14 Tagen. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Aufsichtsrats ohne Stimmrecht teil, wenn und soweit dieser nichts Abweichendes beschließt. Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende und einer seiner Stellvertreter oder bei Abwesenheit des Vorsitzenden seine beiden Stellvertreter, in der Sitzung anwesend sind. An einer Abstimmung in Textform müssen sich mindestens die Hälfte der Aufsichtsratsmitglieder beteiligen, darunter der Vorsitzende und einer seiner Stellvertreter oder bei Abwesenheit des Vorsitzenden seine beiden Stellvertreter. Es wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (8) Die Beschlüsse des Aufsichtsrats sind zu protokollieren. Das Protokoll ist innerhalb von vier Wochen den Mitgliedern des Aufsichtsrats und den Gesellschaftern zu übermitteln.
- (9) Der Aufsichtsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 10

Ethikrat (Ethics Board)

- (1) Der Ethikrat berät die Geschäftsführung der Gesellschaft mit Blick ihre ethische Vereinbarkeit mit guter journalistischer Arbeit.
- (2) Die Mitglieder des Ethikrates sind an Weisungen nicht gebunden. Sie vertreten ihre persönlichen Überzeugungen und sind nur ihrem Gewissen unterworfen.
- (3) Tritt bei einer bestimmten Frage die Besorgnis eines Interessenkonflikts auf, hat das betreffende Mitglied dies dem Vorsitzenden bzw. den beiden stellvertretenden Vorsitzenden nach Abs. (5) anzuzeigen und mit ihm bzw. ihnen darüber ein Gespräch zu führen. Ergibt sich dabei keine Übereinstimmung darüber, ob ein Interessenkonflikt vorliegt, so entscheidet der Ethikrat in Abwesenheit des Betreffenden über dessen Teilnahme an der entsprechenden Beratung und Beschlussfassung.
- (4) Der Ethikrat ist von der Geschäftsführung in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch einmal im Kalenderquartal, über die wesentlichen inhaltlichen Entwicklungen und Programme sowie über wesentliche inhaltliche Vorkommnisse zu unterrichten. Er tagt mindestens einmal im Jahr. Er kann durch Beschluss jederzeit von der Geschäftsführung Auskünfte und Berichte in allen Angelegenheiten verlangen, die die inhaltliche Arbeit der Gesellschaft betreffen, soweit dies nicht den Informantenschutz betrifft.
- (5) Der Ethikrat besteht aus mindestens einem Vorsitzenden und zwei Stellvertretern. Alle Erklärungen des Ethikrates werden namens des Ethikrates von seinem Vorsitzenden oder von einem seiner Stellvertreter abgegeben.
- (6) Der Ethikrat wird erstmalig von den Gesellschaftern berufen. Beim Ausscheiden eines

Mitglieds berufen die Gesellschafter ein neues Mitglied in Abstimmung mit den verbliebenen Mitgliedern des Ethikrates.

- (7) Mitglieder des Ethikrates werden für drei Jahre berufen. Eine mehrfache Berufung ist zulässig.
- (8) Beschlüsse des Ethikrates werden in Versammlungen gefasst. Außerhalb von Versammlungen können Beschlüsse auch in Textform und/oder im Rahmen von Telefonkonferenzen gefasst werden. Die Einberufung und Leitung von Sitzungen des Ethikrates erfolgt durch den Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall durch einen seiner Stellvertreter schriftlich oder in Textform mit einer Ladungsfrist von 14 Tagen. Die Geschäftsführung nimmt an den Sitzungen des Ethikrates ohne Stimmrecht teil, wenn und soweit dieser nichts Abweichendes beschließt. Der Ethikrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende und einer seiner Stellvertreter oder bei Abwesenheit des Vorsitzenden seine beiden Stellvertreter, in der Sitzung anwesend sind. An einer Abstimmung müssen sich mindestens die Hälfte der Mitglieder des Ethikrates beteiligen, darunter der Vorsitzende und einer seiner Stellvertreter oder bei Abwesenheit des Vorsitzenden seine beiden Stellvertreter. Es wird mit einfacher Mehrheit abgestimmt. Jedes Mitglied des Ethikrates hat eine Stimme; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (9) Die Beschlüsse des Ethikrates sind zu protokollieren. Das Protokoll ist innerhalb von vier Wochen den Mitgliedern des Ethikrates, den Mitgliedern des Aufsichtsrates, der Geschäftsführung und den Gesellschaftern zu übermitteln.

§ 11

Jahresabschluss, Gewinnverwendung

- (1) Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss nach den gesetzlichen Vorschriften aufzustellen und zu unterzeichnen.
- (2) Über die Gewinnverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung. Im steuerlich zulässigen Umfang dürfen Rücklagen gebildet werden, insbesondere sind die §§ 51 — 68 AO zu beachten. Im Übrigen sind die Mittel zeitnah für den Gesellschaftszweck gem. § 2 dieser Satzung zu verwenden.

§ 12

Verfügung über Geschäftsanteile

- (1) Jede entgeltliche oder unentgeltliche Verfügung über Geschäftsanteile oder Ansprüche eines Gesellschafters gegen die Gesellschaft bedarf zu ihrer Wirksamkeit der vorherigen Zustimmung der Gesellschafterversammlung. Der Beschluss ist mit einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen zu fassen. Der betroffene Gesellschafter hat dabei kein Stimmrecht.
- (2) Die vorstehende Regelung gilt nicht für Verfügungen zu Gunsten von Mitgesellschaftern.
- (3) Das Entgelt für die Übertragung eines Geschäftsanteils darf nicht mehr als ein Hundertstel des Nennbetrages des Anteils betragen.

§ 13

Erbfolge

- (1) Die Geschäftsanteile sind vererblich.
- (2) Geht ein Geschäftsanteil im Falle des Todes eines Gesellschafters ganz oder teilweise auf eine Person über, die nicht nachfolgeberechtigt ist, so beschließt die Gesellschafterversammlung unter Ausschluss des Stimmrechts des betroffenen Gesellschafters innerhalb von sechs Monaten nach Kenntnis von Erbfall und Erben die Einziehung oder Übertragung des Geschäftsanteils. Nachfolgeberechtigt sind nur Mitgesellschafter. Die Erben erhalten in diesem Fall als Abfindung ein Hundertstel des

Nennbetrages des eingezogenen Anteils.

- (3) Die vorstehenden Regelungen gelten für Vermächtnisnehmer entsprechend.

§ 14

Einziehung von Geschäftsanteilen

- (1) Die Einziehung von Geschäftsanteilen mit Zustimmung des Gesellschafters ist jederzeit zulässig.
- (2) Die Einziehung von Geschäftsanteilen ohne Zustimmung des Gesellschafters ist zulässig, wenn
- a) Einzelzwangsvollstreckung in den Geschäftsanteil eines Gesellschafters, seine sonstigen Gesellschafterrechte oder seine Ansprüche gegen die Gesellschaft betrieben wird und nicht innerhalb von drei Monaten nach Zustellung des Pfändungs- bzw. Überweisungsbeschlusses wieder aufgehoben wird, oder
 - b) über Vermögen eines Gesellschafters das Insolvenzverfahren eröffnet oder die Eröffnung mangels Masse abgelehnt wird, oder
 - c) ein Gesellschafter die Richtigkeit eines Vermögensverzeichnisses an Eides Statt zu versichern hat, oder
 - d) in der Person eines Gesellschafters ein wichtiger Grund (entsprechend §§ 133, 140 HGB) vorliegt,
 - (e) eine Person aufgrund Erbfolge Gesellschafter wird, die nicht zu den nachfolgeberechtigten Personen nach dieser Satzung gehört, oder
 - (f) ein Gesellschafter das Ansehen der Gesellschaft gefährden könnte, insbesondere weil sein Verhalten nach Ansicht der Gesellschafterversammlung nicht mit dem Grundsatz vereinbart werden kann, dass die Gesellschaft überparteilich und unabhängig, entschieden sozial und unter Ablehnung aller totalitärer Bestrebungen der Gemeinschaft und Gesellschaft verpflichtet ist.
- (3) Steht ein Geschäftsanteil mehreren Mitberechtigten ungeteilt zu, so ist die Einziehung auch zulässig, wenn deren Voraussetzungen nur in der Person eines Mitberechtigten vorliegen.
- (4) Die Einziehung bedarf eines Beschlusses der Gesellschafterversammlung. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von 75% der abgegebenen Stimmen. Dem betroffenen Gesellschafter steht dabei kein Stimmrecht zu.
- (5) Ein Einziehungsbeschluss kann nur dann wirksam gefasst werden, wenn die Summe der Nennbeträge der Geschäftsanteile auch nach der Einziehung dem Stammkapital der Gesellschaft entspricht. Die Nennbeträge der Geschäftsanteile der anderen Gesellschafter sind daher zusammen mit der Einziehung anteilig aufzustocken, sofern die Gesellschafter nicht etwas anderes beschließen.
- (6) Die Gesellschafterversammlung kann beschließen, dass der Geschäftsanteil an Stelle der Einziehung an die Gesellschaft, einen Gesellschafter oder einen von der Gesellschaft bestimmten Dritten abzutreten ist. Der betroffene Gesellschafter bevollmächtigt die jeweiligen Geschäftsführer der Gesellschaft bereits heute unwiderruflich zur Vornahme der Abtretung; ist der betroffene Gesellschafter zugleich Geschäftsführer, werden nur der übrige oder die übrigen Geschäftsführer bevollmächtigt.
- (7) Falls die Zahlung einer Abfindung durch die Gesellschaft gegen zwingende Vorschriften der

Kapitalerhaltung verstoßen würde, kann nur die Abtretung (und nicht auch die Einziehung) eines Geschäftsanteils beschlossen werden.

- (8) Die Gesellschaft teilt dem betroffenen Gesellschafter den Beschluss über die Einziehung bzw. die Abtretung des Geschäftsanteils unverzüglich schriftlich mit. Der Beschluss wird mit dem Zugang der Mitteilung bei dem betroffenen Gesellschafter wirksam
- (9) Der betroffene Gesellschafter hat Anspruch auf eine Abfindung in Höhe eines Hundertstels des Nennbetrages des eingezogenen Anteils.

§ 15

Kündigung der Gesellschaft

- (1) Jeder Gesellschafter kann durch Kündigung seinen Austritt aus der Gesellschaft erklären.
- (2) Die Kündigung hat unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr zum Ende eines Geschäftsjahres zu erfolgen. Die Kündigung ist erstmals zum 31.12.2017 zulässig. Das Recht zur Kündigung aus wichtigem Grund bleibt unberührt.
- (3) Die Kündigung hat schriftlich durch Einwurf-Einschreiben gegenüber den Mitgesellschaftern zu erfolgen; dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats ist unverzüglich eine Kopie des Kündigungsschreibens zu übermitteln. Die Kündigung ist gegenüber der Gesellschaft zu erklären. Für die Rechtzeitigkeit der Kündigung ist der Zugang bei der Gesellschaft maßgebend. Die Geschäftsführer haben alle Gesellschafter unverzüglich über die Kündigung zu informieren.
- (4) Im Falle der wirksamen Kündigung wird die Gesellschaft unter den verbleibenden Gesellschaftern fortgesetzt. Der kündigende Gesellschafter erhält eine Abfindung nach Maßgabe des § 3 Abs. 3 Satz 2 dieser Satzung.

§ 16

Dauer, Geschäftsjahr, Bekanntmachungen

- (1) Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Dauer gegründet.
- (2) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr beginnt mit der Eintragung der Gesellschaft in das Handelsregister und endet am 31.12. desselben Jahres.
- (3) Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im elektronischen Bundesanzeiger.

§ 17

Satzungsänderungen

- (1) Diese Satzung kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung geändert werden.
- (2) Beschlüsse über Änderungen des § 2 und des § 3 dürfen erst ausgeführt werden, wenn das zuständige Finanzamt die gemeinnützigkeitsrechtliche Unbedenklichkeit bescheinigt hat.

§ 18

Auflösung, Vermögensanfall

- (1) Die Gesellschaft kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung aufgelöst werden.
- (2) Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt, an den gemeinnützigen Verein „netzwerk recherche e.V.“ mit Sitz in Berlin, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 19

Schlussbestimmungen

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung unwirksam sein oder werden, so wird die Rechtswirksamkeit der übrigen Bestimmung dadurch nicht berührt. An Stelle der unwirksamen Bestimmung gilt eine Regelung als vereinbart, welche die Gesellschafter an ihrer Stelle nach Sinn und Zweck der unwirksamen Regelung getroffen haben.